

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. inkl. Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.). Durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft: Geschäftsstelle Dresden-L. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

5. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 4. April 1929 Nummer 78

## Französisches Kriegsangebot an Deutschland

Deutsche Schwerindustrie fragt: „Was zahlt ihr?“

### „Europäische Einheitsfront gegen die Sowjets“

Unsere Leser werden sich noch gut an die Artikel erinnern, die das Organ der deutschen Schwerindustrie, die Deutsche Bergwerkszeitung, in den letzten Monaten über die Notwendigkeit eines festen deutsch-französisch-englischen Bündnisses veröffentlicht hat. Es war klar, daß dieses Bündnis nur einen sozialistischen Charakter tragen konnte und mußte, besetzt doch der Sinn eines derartigen Bündnisses einzig und allein, aber jedenfalls in allererster Linie in der Errichtung der Einheitsfront gegen die Sowjetunion. Je mehr die Reparationsverhandlungen eine deutliche, greifbare Gestalt annehmen, um so klarer wird auch die Sprache der Imperialisten. Während die deutsche Sozialdemokratie, so u. a. Herr Löbe in seinem Oportunisten über die Reparationsfrage, noch zu leugnen versucht, daß die Pariser Konferenz namentlich der Herstellung dieser einheitslichen Kriegsfront gegen die Sowjetunion dient, leben die Imperialisten selbst den Zeitpunkt für gekommen, eine unerschütterliche, offene Sprache zu führen. Deshalb ist der Verlesung gegen die Sowjetunion, der jetzt mit unerbittlicher Schärfe eintritt, ein besonders alarmierendes Signal der drohenden Kriegsschicksale für die Arbeiterschaft der ganzen Welt.

Wenn es noch einen Beweis für den Ernst der Kriegsschicksale bedurfte, so liefert ihn der Artikel des französischen Staatsmannes Henri de Jouvenel in der Deutschen Bergwerkszeitung vom 3. April. Schon die weitläufige Vorbemerkung des schwerindustriellen Organs deutet klar an, um was es geht:

„Die nachstehenden Ausführungen des französischen Staatsmannes sind aus dem Grunde besonders interessant, weil sie zeigen, wieviel Wert man in Frankreich darauf legt, Deutschland in die Einheitsfront gegenüber Rußland einzulassen zu können. Der Autor verlangt nur zu sagen, welche Vorteile man Deutschland für die Aufgabe seiner bisherigen Politik bieten will und kann.“

#### Wer ist aber Henry de Jouvenel?

Kein Außenminister, kein Diplomat, kein Eigenbrötler, sondern ein führender Politiker der „linken“ bürgerlichen Gruppen in Frankreich, ehemaliger Minister im „linken“ Cartellkabinett, kurz und gut: ein Verbündeter und Freund nicht nur der jetzigen Regierung der „nationalen Einheit“, sondern insbesondere auch der französischen und der internationalen Sozialdemokratie. Jouvenel schreibt:

Können wir aber mit der Sowjetregierung zusammenarbeiten? Wir scheint es unanzweifelhaft, daß die Weltmächte, die doch auf gleicher Kulturstufe stehen, immer noch nicht die Notwendigkeit einer einheitslichen Politik gegenüber den Russen eingesehen haben. Die Käterrepublik mag früher oder später doch das Feld räumen, dann werden sich die Vorteile einer gemeinsamen politischen Politik zeigen. Das erneuerte Rußland (1) wird zu einem sehr wesentlichen Bestandteil der europäischen Wirtschaft werden. Wir werden Rußland dann zunächst in seinem Wiederaufbau unterstützen müssen und werden das nur dann wirklich tun können, wenn wir keine Dinge genau kennen und das nötige Kapital zur Gewährung von Anleihen besitzen. Zweifelloser verfügt aber kein einzelner europäischer Staat für sich allein über das erforderliche Geld. Schon deshalb müssen sich alle die europäischen Staaten zusammenschließen und es vermeiden, sich einzeln für die russische Politik auszusprechen zu lassen.“

Nachdem der französische Politiker der deutschen Bourgeoisie Vorwürfe macht, daß sie die bis jetzt eine sogenannte rußlandfreundliche Politik getrieben hätte, richtet er im Namen des englisch-französischen Imperialismus an Deutschland die Forderung, seine bisherige unklare Linie aufzugeben und eine „gründliche Umkehrung“ der deutschen Außenpolitik vorzunehmen. Wörtlich heißt es im Artikel:

Diese Schwierigkeit beweist die unabdingbare Notwendigkeit, dem Sozialismus in seinen wirtschaftlichen, politischen, psychologischen und europäischen Auswirkungen in einer festen Front gegenüberzutreten. Das bleibt aber solange unmöglich, als Deutschland noch zwischen ost- und westeuropäischer Politik hin- und her schwankt, und deshalb wäre es sehr vorteilhaft, wenn es gelänge, Deutschland von der Befolgung seiner bisherigen Politik abzubringen. Eine gründliche Umkehrung der deutschen Politik wäre für Deutschland selbst von ebenem großen Nutzen wie für das übrige Europa. Die Politik des „europäischen Gleichgewichts“, von der sich die deutschen Staatsmänner andernorts leiten lassen, ist überhaupt nur durchführbar, wenn es sich um Staaten handelt, die auf gleicher Zivilisationsstufe stehen. Umgekehrt ist eine Politik, die in erster Linie der Erhaltung der weltlichen Zivilisation dient, noch lange nicht gleichbedeutend mit der Befolgung einer Angriffspolitik gegenüber Rußland. Ich glaube, der Zeitpunkt ist nicht mehr allzu fern, an dem sich alle Weltmächte entscheiden müssen, wie weit sie mit der russischen Regierung noch zusammenarbeiten können, solange sich Rußland nicht von seinen bisherigen unmöglichen Experimenten freimachen kann.“

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß das Sauggen einer offenen Angriffspolitik gegenüber der Sowjet-

union nur eine nichtslagende Waise ist, die von Jouvenel selbst nicht ernst genommen wird. Die Sprache, die hier geführt wird, ist vollkommen einseitig. Die Tatsache, daß das führende Organ der deutschen Schwerindustrie den Artikel an leitender Stelle veröffentlicht, ebenfalls. Die Differenzen, die noch bestehen, beziehen sich eben, wie in jedem Schachergescheh, auf den Kaufpreis, den Deutschland, d. h. der deutsche Imperialismus, für den Anschluß an die Kriegsfront fordert, und den Preis, den der französische Imperialismus zu zahlen bereit ist.

Dieser sich immer fester und härter anbahnenden Einheitsfront der internationalen Kriegstreiber gilt es die einheitsliche Kampffront des internationalen Proletariats entgegenzustellen.

### Die Demonstrationen des deutschen Proletariats am 1. Mai, die Betriebsrätewahlen.

Die noch in den kommenden Wochen stattfindenden, das Rote Pfingsttreffen in Hamburg, werden die deutschen Imperialisten, ihre bürgerlichen Verbündeten und reformistischen Agenten befehlen, daß sie bei ihren Rechnungen die Wahrscheinlichkeit der revolutionären Front nicht richtig eingeschätzt haben. Schon jetzt allerdings das Jürgelverbot in Berlin und keine Nachahmungen im Reich zur Genüge, welche Angst die Reformisten vor dem revolutionären Vornach der Kommunistischen Partei empfinden. Die Bourgeoisie wird aber auch begreifen müssen, daß kein Verbot, keine Verfolgung die Kraft der Roten Millionenfront zu brechen vermag und daß jeder geplante Schlag gegen den einzigen Arbeiterhaufen von uns mit einem um so mächtigeren Gegenschlag gegen die Kriegstreiber beantwortet werden wird.

## Gintender Reallohn / Steigender Index

Das Reichstatistische Amt teilt mit: „Die Reallohnindex für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats März auf 156,6 gegenüber 100 im Vormonat. Sie ist somit um 1,4 Prozent gestiegen. Diese monatsdurchschnittliche Steigerung ist fast ausschließlich auf die bis in die erste Hälfte des Monats sich fortsetzende Erhöhung der Preise für Kartoffeln, Gemüse und Eier zurückzuführen; in der zweiten Hälfte haben Kartoffeln und Eier sowie Milch und Mehl im Preise wieder nachgegeben, so daß der gegenwärtige Stand der Indexwerte bereits unter dem — durch die außerordentlich günstigen Winterfälle beeinflussten — Monatsdurchschnitt liegt.“

Die Indexwerte einschließlich Unterposten hat in Jahresfrist folgende Entwicklung durchlaufen:

|  | März 1929       | März 1928 |
|--|-----------------|-----------|
|  | (1913/14 = 100) |           |
| Gesamtindex                              | 156,6           | 150,6     |
| Ernährung                                | 159,3           | 151,0     |
| Wohnung                                  | 123,9           | 125,6     |
| Heizung und Beleuchtung                  | 122,5           | 125,1     |
| Bekleidung                               | 172,6           | 168,7     |
| Sonstiger Bedarf, einschließlich Verkehr | 191,4           | 185,9     |

Die Verfassung der Reallohn wird ja nicht nur von den Unternehmern, sondern auch von dem sozialdemokratischen

Finanzminister Hilferding und einem Teil der reformistischen Gewerkschaftsbureaufträge bestritten. Die Erfüllung der vollenparzialen Forderungen durch die SPD wird eine neue Massenbefreiung der Arbeiter nur ein Mittel, überall Lohnforderungen zu stellen und für deren Verwirklichung einen entscheidenden Kampf zu führen. „Darauf mit den Löhnen!“ muß die Lösung sein.

### Scheffel verhandelt, statt zu handeln!

Berlin. Die Weigerung der Reichsbahn, den Eisenbahnarbeitern eine Lohnsteigerung zu gewähren, hat die Spitzenverbände veranlaßt, am Donnerstag unter Führung des Vorsitzenden des Einheitsverbandes, Scheffel, mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der durch Grafmann vertreten sein wird, zu der Lokalsituation Stellung zu nehmen. Nach diesen Vorparierungen sollen die drei Eisenbahnerverbände am Freitag erneut zusammentreten, um weitere Maßnahmen zu beschließen. Es ist augenscheinlich, daß die Reichsbahn nur unter größtem Druck bereit sein wird, eine Lohnsteigerung zu gewähren. Statt einen Streit der Eisenbahner vorzubereiten und damit die Reichsbahn vor eine entscheidende Situation zu stellen, verfahren die reformistischen Gewerkschaftsführer noch immer auf dem Verhandlungsweg, wenigstens einige Scheinverhandlungen vor der Reichsbahn zu erhalten, um dann die Eisenbahnerbewegung abzumähen. Das müssen die Eisenbahner klar erkennen.

## Tarifloser Zustand oder Kampf in der Metallindustrie?

Die Metallarbeiter müssen sich entscheiden

Was wir vorausgesetzt haben, ist eingetroffen. Die Bureaufträge des Metallarbeiterverbandes kapitalisiert vor den Metallindustriellen auf der ganzen Linie. In Köln, Thüringen und in Sachsen ist ein tarifloser Zustand eingetreten, nach dem die schändlichen Schiedsprüche, die Pfennigerhöhungen für einen Bruchteil der Arbeiter bis auf 1 1/2 Jahre vorsehen, von den Arbeitern abgelehnt wurden. Die Bureaufträge trifft keine Maßnahmen, um die Metallarbeiter in den Kampf um ihre Forderungen zu führen. In Leipzig haben die „Linken“ um Hermann Schäfer zur Verhinderung ihrer Kapitulation ein besonderes Theater aufgeführt. Nachdem sie zweimal die Schlichtungsversuche von Scheitern brachten, indem sie vor Zahlung des Schiedspruches die Verhandlungen verließen, haben sie nunmehr in einer freien Vereinbarung mit den Unternehmern vor dem Reichsarbeitsminister ein Abkommen getroffen, das mit ganz geringfügigen Herabsetzungen des Schiedspruchs, den sie erst mit großem raffischen Wortgeplänkel abgelehnt haben, wiederbringt. In ihrer Angst, daß es in Leipzig zum Kampfe kommen könnte, erklärten sie selbst in den Metallarbeiter-Versammlungen, daß es keinen Zweck hätte, zu kämpfen und sie den Kampf auch nicht führen würden, wenn selbst eine Dreiviertelmehrheit der Kollegen das Abkommen ablehnen würde.

In Bremen, wo die Vertrauensleute schon im Februar die Kündigung des Tarifes für die Handbetriebe beschlossen hatten, wurden am 25. März die Metallarbeiter, nachdem sie in der Zwischenzeit kein Sterbenswort über die Lohnbewegung zu hören bekommen, mit einem Schiedspruch überrascht, der 4 Pfennig bis zum 1. Juli 1930 bringen soll. Die Bremer Metallarbeiter haben am 27. März den Schiedspruch mit über Dreiviertelmehrheit abgelehnt, so daß hier ebenfalls ein tarifloser Zustand eingetreten ist.

Die sozialdemokratische Bureaufträge wählt lieber den für die Metallarbeiter unerschütterlichen Zustand der Tariflosigkeit, ehe sie den heiligen Wirtschaftsfrieden bricht und die Metallarbeiter in den Kampf führt. Sie hofft darauf, daß der Reichsarbeitsminister Bissell, ihr Parteigenosse, sie mit der Ver-

bindlichkeitsklärung aus dieser unangenehmen Lage befreie. Sie glauben dann den Arbeiter plausibel machen zu können, daß nun nicht mehr gekämpft werden darf, ohne gegen das Gesetz zu verstoßen. Diese Haltung der DGB-Führer, die sich noch zu den „tariflos“ unter den DGB-Banden zählen, beweist, daß unter allen Umständen der Frieden mit den Unternehmern weiterverfolgt werden soll. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Riesenprofite und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Kapitalisten auf dem Weltmarkt treten die SPD- und Gewerkschaftsführer die Forderungen der Arbeiter mit Füßen. Die Arbeiter, die bei den Betriebsrätewahlen sich zum großen Teil für den revolutionären Klassenkampf entschieden, haben damit ihre Beweglichkeit zum Wirtschaftsleben zum Ausdruck gebracht. Es gilt darum, diesen die Arbeiter verletzenden Wirtschaftstriebe der Gewerkschaftsführer zu durchbrechen und den Kampf gegen die Metallindustriellen aufzunehmen. Die Metallarbeiter dürfen dabei keine Hilfe von dem Verbandapparat erwarten, sondern müssen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen. Unter Führung der revolutionären Betriebsräte und der selbstgewählten Streikleitungen müssen sie in den Kampf treten und ihre Forderungen durchsetzen. Nur auf diesem Wege ist es möglich, die Unternehmer zur Anerkennung der Arbeiterforderungen zu zwingen. Darüber hinaus aber müssen die Arbeiter in den Betrieben dafür sorgen, daß jeder Funktionär von ihnen seiner Funktion enthoben wird, der diesen arbeitervindlichen Kurs der Gewerkschaftsbureaufträge vor den Arbeitern deckt und mitmacht. In ihre Stelle müssen die Kollegen solche Arbeiter setzen, die gewillt sind, gemeinsam mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf gegen die „Staats- und wirtschaftserhaltende“ Gewerkschaftsbureaufträge aufzunehmen.

### Leipziger Metallarbeiter lehnen ab!

Die Bestimmungen über das Abkommen in der Metallindustrie sind noch nicht beendet. Von 22 000 Leipziger Metallarbeitern hat sich aber bereits die Mehrheit, nämlich 12 500 für Ablehnung und nur 4 000 für Annahme ausgesprochen.